



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Geschäftszahl 15.054/2-I/1/83

An das
Präsidium des Nationalrates
1017 W i e n
Parlament

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222/7500

Name des Sachbearbeiters:

Rat Dr. Malousek

Klappe 5333 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 111145, 111780

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

GESETZENTWURF	
Zl.	33 -GE/1983
Datum:	04. OKT. 1983
Verteilt:	1983 -10- 04 <i>Stinner</i>

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz
geändert wird;

Ressortstellungnahme

In Hayek

Unter Bezugnahme auf die Entschliebung des Nationalrates
anlässlich der Verabschiedung des Geschäftsordnungsgesetzes,
BGBl.Nr. 178/1961, beehrt sich das Bundesministerium für
Handel, Gewerbe und Industrie, 25 Ausfertigungen seiner Stellung-
nahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz geändert wird, zu übermitteln.

25 Beilagen *w*

Wien, am 12. September 1983

Für den Bundesminister:

i. V. Dr. Samsinger

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Teyers

**REPUBLIK ÖSTERREICH**

BUNDESMINISTERIUM
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222 / 7500

Name des Sachbearbeiters:

Rat Dr. MalousekKlappe **5333** Durchwahl

Fernschreib-Nr. 01/1145

Geschäftszahl 15.054/2-I/1/83

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes-
mit dem das Insolvenz-Ent-
geltsicherungsgesetz geändert
wird;
Ressortstellungnahme

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

An das

Bundesministerium für
soziale Verwaltung

im Hause

Unter Bezugnahme auf die do. Aussendung vom 11. August 1983, Zl. 37.006/207-3/83, beehrt sich das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie mitzuteilen, daß der Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz geändert wird, zu folgender Bemerkung Anlaß gibt:

In der übermittelten Textgegenüberstellung wird in Fußnoten zum § 3 Abs. 1 und zum § 6 Abs. 1 lit. b der geltenden Fassung des Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetzes auf die seit 1.1.1983 geltende Änderung der Rechtslage hinsichtlich der Ausgleichsordnung hingewiesen. Es sollte ausdrücklich normiert werden, daß es in den angefügten Gesetzesstellen nunmehr statt " § 56 Abs. 6 " " § 69 Abs. 1 " zu heißen hat.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Wien, am 12. September 1983

Für den Bundesminister:

i. V. Dr. Samsinger

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

